

Bündner Komitee unterstützt Verbot von Tabakwerbung

Das überparteiliche Bündner Komitee «Ja zu Kinder ohne Tabak» hat sich in Stellung gebracht. Es wirbt aus wirtschaftlichen und gesundheitlichen Gründen für ein Ja zur Tabakinitiative.

von Ursina Straub

Am 13. Februar befinden die Stimmberechtigten über die Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung». Die Initiantinnen und Initianten möchten damit jede Art von Werbung verbieten, die Kinder und Jugendliche erreicht. Unterstützung erhält die Initiative vom Bündner Komitee «Ja zu Kinder ohne Tabak». Das Co-Präsidium erläuterte am Donnerstag im Churer Restaurant «B12», weshalb es ein Ja empfiehlt. Ins

«Die Schweiz steht in Europa auf dem letzten Platz.»

Géraldine Danuser
GLP-Präsidentin



Für ein Verbot: Dem Ja-Komitee gehören Grossrat Urs Hardegger und Gemeinderätin Géraldine Danuser an sowie Nationalrätin Sandra Locher Benguerel, Grossrätin Martha Widmer und Onkologe Roger von Moos (von links). Bild Livia Mauerhofer

Feld führte das fünfköpfige, überparteiliche Gremium nicht nur gesundheitliche Aspekte, sondern auch wirtschaftliche Gründe – und persönliche Betroffenheit.

Welche Kosten das Rauchen verursacht, rechnete Mitte-Grossrat Urs Hardegger vor. Auf zehn Milliarden Franken bezifferte er die Gesundheitsschäden, die jährlich entstünden. «Diese Kosten sind massiv höher als die Einnahmen zugunsten der AHV», führte er aus. Raucherinnen und Raucher würden mitnichten die AHV und IV finanzieren. «Die jährlichen Einnahmen der Tabaksteuer betragen rund 2,3 Milliarden Franken und machen lediglich einen Viertel der Kosten aus.» Für jeden Franken, den Raucher für die AHV und IV einzahlten, bezahle die Bevölkerung über die Krankenkasse und die Steuern sechs

Franken für die Raucher. Erschreckend sei, dass immer mehr Junge rauchten, so Hardegger. «Die Werbung spielt dabei eine wesentliche Rolle.»

Schweiz als Schlusslicht

Diesen Faden nahm Géraldine Danuser, Präsidentin der Grünliberalen Partei Graubünden und Churer Gemeinderätin, auf. «In einem Vergleich von 34 europäischen Ländern zur Tabakregulierung steht die Schweiz auf dem letzten Platz, wenn es um die Einschränkung von Tabakwerbung geht», sagte sie. Dabei liege der Einfluss von Werbung auf den Tabakkonsum auf der Hand. Als Beispiel führte Danuser Belgien an. «Dort wurde 1999 das Tabakverbot eingeführt – innerhalb von elf Jahren hat sich der Tabakkonsum von Kindern und Jugendlichen im Schulalter halbiert!»

Als Gelegenheitsraucherin outete sich Mitte-Grossrätin Martha Widmer. Sie zünde sich zwar nur hin und wieder eine Zigarette an und habe auch schon über zehn Jahre rauchfrei gelebt. «Aber jedes Mal, wenn ich in Stress gerate, beginne ich zu rauchen.» Die beste Prävention sei, gar nicht erst mit dem Rauchen zu beginnen, betonte die Pflegefachfrau. «Und deshalb müssen wir unsere Kinder und Jugendlichen davor schützen.»

60 Prozent rauchen mit 13 Jahren

Die Prävention sei auch wichtig, weil viele schon früh mit Rauchen anfangen, sagte SP-Nationalrätin Sandra Locher Benguerel. «Rund 60 Prozent der Raucherinnen und Raucher haben bereits im Alter von 13 Jahren damit begonnen und über 90 Prozent vor dem 25. Lebensjahr.» Daher scheine es nur

logisch, dass die Tabakindustrie gezielt Kinder und Jugendliche anspreche. «Sie sind für die Tabakproduzenten ein wichtiges Marktsegment.» Sie unterstrich: «Der Gegenvorschlag zum Tabakgesetz reicht bei Weitem nicht aus, weil genau jene Werbearten weiterhin erlaubt sind, die besonders viele Jugendliche erreichen.»

Auf die gesundheitlichen Folgen ging Roger von Moos, Chefarzt Onkologie, ein. «Lungenkrebs ist die zweithäufigste Tumorart bei Männern und die dritthäufigste bei Frauen», machte er klar. «Und die meisten Lungenkrebskrankungen werden durch das Rauchen verursacht.» Jährlich erkranken rund 130 Frauen und Männer im Kanton an Lungenkrebs. «Nur durch die Annahme der Initiative verschwindet die Tabakwerbung an den Orten, wo sich Jugendliche aufhalten.»

Es tut sich etwas in der Suchthilfe

Die Bündner Regierung hat beschlossen, die Angebote für Suchtkranke auszubauen. Auf der Liste der Neuerungen fehlt aber ein Konsumraum.

von Pierina Hassler

Die Gassenarbeit wird weitergeführt. Und mit einer neuen und grösseren Kontakt- und Anlaufstelle an einem zentraleren Ort ergänzt. Dies schreibt die Bündner Regierung in einer aktuellen Mitteilung vom Donnerstag. Zudem werde der Fokus auf die Verbesserung der Wohnangebote mit Begleitung gelegt. Doch ein Konsumraum werde vorläufig nicht eingerichtet, so die Regierung.

Interessanterweise vermeldete die Regierung schon im Juli 2021 genau dies. Der einzige Unterschied: Die Regierung will nun definitiv das Pilotprojekt Streetwork der Stadt Chur übernehmen. Und weil die beschlossenen Massnahmen zur Verbesserung der Angebote der niederschweligen Suchthilfe Mehrkosten zu Folge haben, beantragt die Regierung dem Grossen Rat zusätzliche Finanzmittel von 400 000 Franken. Dies für das Jahr 2022. Für die Finanzplanjahre 2023 bis

2025 folgen nochmals 500 000 bis 600 000 Franken.

Bessere Situation

«Es ist enttäuschend, dass die Regierung mit dieser Mitteilung so tut, als ob sich viel tun würde», sagt SP-Grossrat Tobias Rettich (Fünf Dörfer). Grund seiner Enttäuschung ist unter anderem der nach wie vor fehlende Konsumraum. Schon im Juli 2021 (Ausgabe vom 8. Juli 2021) kritisierte er den Kanton dafür. Im Bericht der Schweizerischen Koordinations- und Fachstelle Sucht (Infodrog) würden sich sämtliche Fachleute für einen Konsumraum einsetzen, so Rettich. «Weil ein Konsumraum und die damit verbundenen Begleitangebote eben die Situation der Suchtkranken verbessern würden.»

Rettich weiss, wie es den Suchtkranken im Churer Stadtpark geht. Er ist ein Politiker, der die Szene kennt. Schon letzten Sommer sagte er: Jahrelang habe man den Betroffenen be-

treffend Konsumraum Hoffnung gemacht und jetzt sei wieder nichts daraus geworden. Der Kanton schreibt in seiner aktuellen Mitteilung zum The-



Drogenszene: Einen Konsumraum gibt es in Chur weiterhin nicht. Bild Mayk Wendt

ma Konsumraum, bevor ein solcher eingerichtet werden könne, müsse die Wirkung der neuen Kontakt- und Anlaufstelle beobachtet werden.

Langfristige Lösungen

Rettich geht davon aus, dass die Regierung das sogenannte Winterthur-Modell umsetzt: Kontakt- und Anlaufstelle ohne Konsumraum. Dies erscheine im ersten Moment kostengünstiger. Aber das Problem werde so nicht gelöst. «Die Winterthurer Szene hat sich einfach nach Zürich verlegt. Bei uns sind die Gegebenheiten aber anders.»

Dem SP-Grossrat ist klar, dass die Regierung mit dem Ausbau der Suchthilfe wichtige Punkte umsetzt. Dass die Gassenarbeit weitergeführt werde, sei richtig und notwendig. Es sei einfach nicht, was der Grosse Rat in der Dezembersession 2018 gefordert habe. «Gefordert wurde eine ganzheitliche Verbesserung für Randständige, deren Angehörige sowie die Schaffung langfristige Lösungen.»

GKB steigt bei Twelve Capital ein

Die Graubündner Kantonalbank (GKB) beteiligt sich mit rund 30 Prozent am unabhängigen und auf Anlagen im Versicherungssektor spezialisierten Investment Manager Twelve Capital Holding AG mit Hauptsitz in Zürich. Dies schreibt die Bank in einer Mitteilung. Diese strategische Finanzbeteiligung stärke die Position der GKB als Anlagebank, sowohl im Heimmarkt als auch über die Kantons Grenzen hinaus. Mit der Transaktion bezwecke die GKB, ihre Abhängigkeit vom Zinsgeschäft zu reduzieren und den Beitrag ihres Anlagegeschäfts am Bankergebnis weiter zu steigern. Diese Entwicklung erfolge seit einigen Jahren aus eigener Kraft als auch durch Beteiligungen an Unternehmen, wie die GKB weiter in ihrer Mitteilung schreibt. (red)

Mehrere Einbrüche in Davos

In Davos waren in diesen Tagen Einbrecher unterwegs. Wie die Medienstelle der Kantonspolizei Graubünden am Donnerstag auf Anfrage bestätigte, wurde seit Jahresbeginn in verschiedene Liegenschaften eingebrochen. Betroffen waren insgesamt drei in Mehrfamilienhäusern gelegene Wohnungen in Davos Platz und Davos Dorf. Der Zugang sei jeweils über die Treppenhäuser erfolgt, teilte die Kantonspolizei mit. In allen Fällen habe die Täterschaft anschliessend die Türen der Wohnungen aufgehebelt, wie es weiter hiess. Die Deliktsumme sei offen, Informationen zur Täterschaft wurden mit Verweis auf die laufenden Ermittlungen nicht erteilt. (béz)

KORRIGENDA

«Arztgeschichten» gibt's bereits diesen Samstag

In der Ausgabe vom Donnerstag ist der Redaktion ein Fehler unterlaufen: In der Meldung «Arztgeschichten aus dem Bergell» stand fälschlicherweise, der Vortrag in der Aula der Gewerbeschule Chur finde am 29. Januar statt. Tatsächlich ist der Vortrag am Samstag, 22. Januar, angesetzt. Er beginnt um 14 Uhr. Wir bitten, dies zu entschuldigen. Ihre Redaktion

INSERAT



**KRAMPFADERN?
BESENREISER?
MÜDE BEINE?**

**KRANKENKASSEN-
ANERKANNTE VENENLEIDEN-
ABKLÄRUNGEN UND
BEHANDLUNGEN**

Jetzt anrufen!
Tel. 081 250 74 49
Commercialstrasse 32, Chur

Tel. 081 852 17 27
Via Maistra 168, Pontresina
www.venenlaserzentrum.com